

Redselig

Friedhelm Hengsbach SJ

Zwei Wochen vor den Osterferien war eine Art Zwischenbilanz rot-grüner Sozialreformen zu beobachten – in einer Rede des Bundespräsidenten und einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers, bei einem Jobgipfel in Berlin und einem Europäischen Gipfel in Brüssel.

Köhlers Rede und Schröders Regierungserklärung klangen wie wechselseitige Kampfansagen. Köhler propagierte eine wirtschaftliche »Ordnung der Freiheit«, eine Marktwirtschaft mit Privateigentum und Vertragsfreiheit, Wettbewerb und offenen Märkten, freier Preisbildung und stabilem Geldwesen. Die »Vorfahrtsregel für Arbeit« war ein Griff in das Rezeptfach sinkender Lohnkosten, deregulierter Arbeitsmärkte, flexibler Tarifverträge, dezentraler Lohnfindung und weniger Bürokratie. Da den Sozialsystemen der Kollaps drohe, solle ein moderner Sozialstaat den Einzelnen vor Not schützen, ihm jedoch nicht vorgaukeln, der einmal erreichte Lebensstandard bleibe garantiert.

Der Bundeskanzler verteidigte dagegen entschieden den Sozialstaat. Der gesellschaftliche Zusammenhalt sei kein Luxus oder überflüssiger Zierrat, der in schwierigen Zeiten beseitigt werden könnte. Wer ihn in Frage stellt, sei dabei, den inneren Frieden zu zerstören. Die gesellschaftliche Solidarität, das Einstehen der Starken für die Schwachen und der Gesunden für die Kranken begründe auch den wirtschaftlichen Erfolg der entwickelten Gesellschaften Europas.

Was anschließend zu hören war, blieb jedoch redselige Tünche. So sehr die segensreichen Wirkungen der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze auch ausgemalt wurden, die wachsende Polarisierung der Gesellschaft ließ sich ebenso wenig vertuschen wie die Tatsache, dass gesellschaftliche Risiken individualisiert und deren solidarische Absicherung auf die private Vorsorge auch der Schwachen abgewälzt worden sind.

Der Jobgipfel in Berlin versprach den Unternehmen gute Nachrichten, aber denjenigen, die Wachstums- und Beschäftigungsimpulse erwarteten, eine fortgesetzte Dosis bislang erfolgloser Rezepte. Die nochmalige steuerliche Entlastung von Kapitalgesellschaften und Einzelunternehmen stand im Einklang mit der CDU/CSU, aber im Konflikt mit einer Sozialdemokratie, die sich darauf einstellt, nicht nur Schleswig-Holstein sondern auch Nordrhein-Westfalen politisch verloren zu geben.

Markiert der Europäische Gipfel eine beschäftigungspolitische Wende? Die überarbeitete Dienstleistungsrichtlinie ist ein redseliger Kompromiss zwischen den Wettbewerbsregeln des Binnenmarkts und dem europäischen Sozialmodell. Allenfalls die Ausnahmen der Stabilitätsregeln wie Sozialreformen und Einigungskosten bieten der rot-grünen Koalition erweiterte Spielräume für eine nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik. Ob sie diese offensiv nutzt?

Frankfurter Rundschau, 2.4.05, 11.